

Umkämpft und verteidigt

Streit um (un-)sichere Abtreibungen in Lateinamerika

Reproduktive und sexuelle Rechte sind in Lateinamerika keine Selbstverständlichkeit. In vielen Ländern wird der Zugang von Frauen zu Abtreibungen äußerst restriktiv behandelt. Frauenorganisationen leisten Widerstand – rechtlich über Verfassungsklagen und praktisch über die anonyme Verbreitung von Abtreibungspillen.

von Kirsten Ahtelik

In drei lateinamerikanischen Ländern sind Abtreibungen komplett verboten, selbst in extremen Notlagen der Frauen: in Chile, El Salvador und seit 2006 auch in Nicaragua. Nur in Kuba, Französisch-Guayana, Guyana, Puerto Rico und in Mexiko-Stadt und Umland gilt eine Fristenlösung bis zur zwölften Woche. Die meisten anderen Länder haben sehr restriktive Gesetze, die Abtreibungen nur bei Gefahr für das Leben der Frau, nach Vergewaltigungen oder im Fall einer schweren Fötus-Anomalie zulassen. Oft braucht die Frau eine Einverständniserklärung ihres Ehemanns oder gesetzlichen Vertreters sowie medizinische Gutachten und einen positiven Gerichtsbeschluss. Die konservative Haltung der Ärzteschaft in diesen Ländern reduziert die Möglichkeiten für Frauen noch mehr. Die Restriktionen spiegeln sich in den Zahlen illegaler Abbrüche und damit verbundener Todesfälle wider: Die Gesamtzahl der in Lateinamerika jährlich durchgeführten Abtreibungen wird auf vier Millionen geschätzt, davon werden nach einer Studie des Guttmacher Institutes mehr als 95 Prozent unter unsicheren Bedingungen durchgeführt.¹ Die WHO geht von zirka 2.000 Todesfällen im Jahr aufgrund von unsicheren Abtreibungen in Lateinamerika und der Karibik aus.²

Viele Frauen wagen es nicht, nach einer missglückten Abtreibung ein Krankenhaus oder einen Arzt aufzusuchen, da sie mit einer Anzeige rechnen. Die Strafe für Abtreibung liegt je nach Land zwischen einigen Monaten und mehreren Jahren Gefängnis, sowohl für die Frau wie auch für die Person, die den Abbruch durchgeführt hat.

Ein entscheidender Faktor für die Liberalisierung oder Verschärfung von Gesetzen und deren Auslegung ist der Einfluss der katholischen Kirche in den jeweiligen Ländern – ein Einfluss, den auch die erstarkenden linksliberalen Regierungen nicht zurückdrängen. Teilweise gehen sie sogar Bünd-

nisse mit der katholischen Hierarchie ein, um sich das WählerInnenpotenzial der Gläubigen zu sichern. Die Rechte von Frauen fungieren dabei oft als *Moneda de Cambio*, als Tauschpfand für Machtbeteiligung.³ Ein frappantes Beispiel dafür ist die sandinistische FSLN, deren Stimmen wenige Tage vor den Präsidentschaftswahlen in Nicaragua 2006 dazu beitrugen, die therapeutische Abtreibung (bei Gefahr für das Leben der Schwangeren) abzuschaffen. Dadurch hat die Ex-Guerilla ihren Frieden mit der katholischen Kirche gemacht und wohl auch die Wahlen gewonnen. Bezahlen müssen die Frauen – oft mit ihrem Leben. Für die nikaraguanische Frauenbewegung ist daher klar: »Die FSLN ist zu einer Partei der traditionellen Rechten, zu einer autoritären und regressiven Kraft verkommen«, so die Sprecherin der Autonomen Frauenbewegung (MAM), Sofía Montenegro. Nach dem Regierungsantritt Ortegas begann eine regelrechte Hetzkampagne gegen feministische Gruppen, Organisationen sowie einzelne Frauen, die angezeigt und öffentlich diffamiert wurden.

Ablehnung in allen politischen Lagern

Auch in Chile sind Schwangerschaftsabbrüche selbst in Ausnahmefällen untersagt. Seit 1931 gab es zwar die Möglichkeit einer legalen Abtreibung aus therapeutischen Gründen, diese wurde aber 1989, gegen Ende der Diktatur Augusto Pinochets, abgeschafft. Seither darf »keine Handlung durchgeführt werden, die ein mögliches Ende der Schwangerschaft zur Folge haben könnte«. Keine der seither gewählten Regierungen, meist aus einem Mitte-Links Spektrum, hat die Revision dieser Gesetzesänderung in Betracht gezogen. Auch die letzte Präsidentin, die Sozialdemokratin Michelle Bachelet, hat daran nichts geändert – obwohl es Teil ihres Regie-

rungsprogramms war. Die Wahlen im März 2010 gewann mit Sebastián Piñera erstmalig ein Rechter. Damit rückt eine Aufhebung des absoluten Abtreibungsverbot in weitere Ferne.

So werden weiterhin jährlich zirka 120.000 Chileninnen versuchen, ihre Schwangerschaft selbst zu beenden. Falls sie wegen einer missglückten Abtreibung ein Krankenhaus aufsuchen, können sie fast sicher davon ausgehen, dass ihnen nicht geholfen wird oder sie sogar angezeigt werden. Dies sollte eine neue Norm des Gesundheitsministeriums 2009 unterbinden, der zufolge die Geheimhaltungspflicht bei Frauen nicht verletzt werden dürfe, falls sie bei Komplikationen nach einem Abbruch ein Krankenhaus aufsuchen. Trotzdem gab es bis Anfang diesen Jahres schon zwei Anklagen gegen junge Frauen, die auch in den Medien breitgetreten wurden.

Die bisherigen Kampagnen der Frauenbewegung, Abtreibungen zu legalisieren oder zumindest die therapeutische Indikation wieder einzuführen, haben bisher noch keinen Erfolg gezeigt. Stattdessen offenbarten sich in der Debatte um die kostenlose Abgabe der »Pille danach« die tiefgreifenden Differenzen in der Bewegung. Das Medikament kann eine ungewollte Schwangerschaft innerhalb von 72 Stunden nach einem ungeschützten Geschlechtsverkehr verhindern. Die Regierung Bachelet hatte ein Programm zur kostenlosen Abgabe der »Pille danach« in den Gesundheitszentren des Landes aufgelegt, um auch armen Frauen den Zugang zu ermöglichen. Eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs untersagte diese Praxis jedoch im April 2008, und auch der Rechnungshof erhob Mitte Juni 2009 Einwände. Einige feministische Gruppen versuchten, die kostenlose Abgabe des Medikaments mit der Rechtfertigung zu retten, die »Pille danach« sei kein Abortivum und daher frei abzugeben. Dafür ernteten sie von anderen Gruppen scharfe Kritik, da eine solche Begründung den kleinen Spielraum der Pro-Choice-Bewegung noch weiter beschneide. Solche Argumente seien auf kurzfristige Erfolge statt auf die vollständige Anerkennung reproduktiver Rechte ausgerichtet. Die allgemein verbreitete Ansicht, Abtreibung sei Mord, würde eher verstärkt statt unterminiert, und der Einfluss feministischer Positionen könnte in der öffentlichen Debatte schwinden.

Klandestine und solidarische Wege

Die feministischen Bestrebungen, reproduktive und sexuelle Rechte in Lateinamerika durchzusetzen, kommen in den letzten Jahren eher auf juristischer oder klandestiner Ebene zustande und weniger auf politischer oder gesellschaftlicher. Die Verfassungsklage kolumbianischer Feministinnen, vor allem der Gruppe *Women's Link*, gegen das totale Abtreibungsverbot war 2006 erfolgreich. Die RichterInnen entschieden, dass Abtreibungen unter bestimmten Bedingungen erlaubt sein müssten, da sonst grundlegende Rechte von Frauen verletzt würden. Dies gelte vor allem für ihr Recht auf Leben, Gesundheit, Unversehrtheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Seitdem dürfen Kolumbianerinnen abtreiben, wenn die Schwangerschaft das Leben oder die (psychische oder physische) Gesundheit der Frau gefährdet, etwa wenn die Schwangerschaft Resultat einer Vergewaltigung oder eines Inzests ist, oder der Fötus nicht lebensfähig wäre.

Die Klage erzeugte eine noch nie da gewesene Debatte über reproduktive Rechte, die alle Bereiche der Gesellschaft erfasste. So änderte sich die öffentliche Meinung von einer 85-prozentigen Ablehnung jeglicher Art von Abtreibung 2005 zu einer 60-prozentigen Zufriedenheit mit der Gerichtsentscheidung ein Jahr später. Über die Umsetzung der Gerichtsentscheidung, die den Zugang von Frauen zu legalen und sicheren Abtreibungen garantiert, wird vier Jahre nach dem Urteil immer noch gestritten. Eine Verbesserung für die betroffenen Frauen und Mädchen ist jedoch auf jeden Fall schon eingetreten.

Eine andere Taktik, zu der die niederländische Organisation *Women on Waves* bzw. *Women on Web* (WoW)⁴ viel beigetragen hat, besteht in der Verbreitung von Informa-



Motiv: Jane / Zambia © CATIE + REPSI

tionen über die Möglichkeiten medizinischer Schwangerschaftsabbrüche, die Frauen selbst durchführen können. WoW verschickt die Abtreibungspille in anonymen Umschlägen an Frauen in Länder, in denen Abtreibungen illegal sind. Das Medikament besteht aus zwei Tabletten, die bis zur neunten Schwangerschaftswoche im Abstand von drei Tagen eingenommen werden müssen. Die Methode hat eine Erfolgsquote von 97 Prozent. Die medikamentöse Abtreibung ist viel sicherer als das immer noch verbreitete Einführen von Stricknadeln in den Uterus, Spülungen mit Seifenlauge oder die Einnahme giftiger Kräuter. »Misoprostol is a little revolution«, sagt Susan Davies von WoW zu den Möglichkeiten der Pille.

Women on Waves widmen sich der Zugänglichkeit von Abtreibungen auch auf anderem Weg. Mit einem Schiff steuern sie Länder an, in denen die Abtreibungsregelung besonders repressiv ist, zuletzt waren dies Spanien (2008), Portugal (2004) und Polen (2003). Dort nehmen sie schwangere

Frauen an Bord und verhelpen ihnen, in internationalen Gewässern nach niederländischem Recht, zu einer Abtreibung. Die Aktionen sind stets mit großer Presseaufmerksamkeit verbunden, allerdings auch mit erbitterten Protesten von AbtreibungsgegnerInnen. Die für 2009 geplante Reise nach Lateinamerika, bei der das Boot vor Nicaragua, Chile, Brasilien und Argentinien ankern sollte, wurde allerdings wegen drohender Änderungen des niederländischen Abtreibungsgesetzes abgesagt. Zurzeit konzentriert WoW sich auf die Aufklärung und Verbreitung der Abtreibungspille. Außerdem hat die Organisation in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern (Argentinien, Chile, Ecuador, Peru) mit Unterstützung lokaler Initiativen Hotlines aufgebaut, bei denen

Frauen sich informieren können. Zum Start der Hotline gibt es immer eine breit gestreute Informationskampagne, um die Telefonnummer bekannt zu machen. In Lateinamerika scheint eine solche halblegale Vorgehensweise am erfolgversprechendsten, um Frauen eine sichere Abtreibung zumindest vorläufig zu ermöglichen. Längerfristig muss das Ziel jedoch die soziale, wie politische Anerkennung des Rechtes von Frauen auf Selbstbestimmung sein.

Anmerkungen

- 1 www.who.int/reproductivehealth/publications/unsafe_abortion/abortion_facts.pdf
- 2 Unsafe abortion: global and regional estimates of incidence of unsafe abortion and associated mortality in 2003. 5th ed., S. 43, Annex 3.
- 3 Siehe auch iz3w 312, Mai / Juni 2009.
- 4 www.womenonwaves.org, www.womenonweb.org

► **Kirsten Achtelik** ist Soziologin und Politologin und arbeitet als freie Journalistin.